

## **Niederschrift (Öffentlicher Teil)**

### **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie**

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 25.09.2025  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:46 Uhr  
**Raum, Ort:** Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

#### **Anwesenheitsliste**

##### **Anwesend**

##### Vorsitz

##### **Name**

Hans Leo Deumens

##### **Bemerkung**

##### Gremienmitglieder

##### **Name**

Anne Eickholt-Schippers

Caline Strack

Dirk Szagunn

Dr. Julia Oidtmann

Franca Braun

Frank Hansen

Gaby Schneider

Heike Keßler-Wiertz

Lars Lübben

Nadine van der Meulen

Nathalie Koentges

Peter Tillmanns

Stefan Auler

Tim Pilz

Uschi Brammert

##### **Bemerkung**

bis 18:35 Uhr

Vertretung für: Jutta Hennig

Vertretung für: Birdal Dolan

Vertretung für: Dirk Zirbes

##### Schriftführung

##### **Name**

Michelle Schmidt

##### **Bemerkung**

**Abwesend**Gremienmitglieder**Name****Bemerkung**

Sven Werny

entschuldigt

Andrea Derichs

entschuldigt

Birdal Dolan

entschuldigt

Hilde Scheidt

entschuldigt

Michael Wedepohl

unentschuldigt

Dirk Zirbes

entschuldigt

Dr. Catharina Jacobskötter

unentschuldigt

Baran Yenen

unentschuldigt

Jutta Hennig

entschuldigt

Gäste:

Herr Schweden, AG Behindertenhilfe (gem. § 58 Abs. 3 GO NRW hinzugezogener Bürger)

Herr Blech, Fatigatio e.V.

Herr Och, Die Zitronenfalter

Frau Breihahn, donum vitae e.V.

Frau Dirks, donum vitae e.V.

Frau Offermann, WABe e.V.

Herr Krosch, Caritas

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

| <b>TOP</b> | <b>Betreff</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <b>Vorlage</b>         |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| 1          | Eröffnung der Sitzung                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>FB 56/0625/WP18</b> |
| 2          | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.06.2025 - öffentlicher Teil                                                                                                                                                                                                                                                       |                        |
| 3          | Vorstellung der Regionalgruppe Fatigatio e.V. und der Selbsthilfegruppe Zitronenfalter                                                                                                                                                                                                                                             | <b>FB 56/0629/WP18</b> |
| 4          | Vorstellung des Vereins donum vitae Aachen Stadt und Land e.V.                                                                                                                                                                                                                                                                     | <b>FB 56/0626/WP18</b> |
| 5          | „Wohnen jetzt! HOUSING FIRST AACHEN“ – Veränderung in der Trägerschaft und aktueller Sachstand zur Umsetzung                                                                                                                                                                                                                       | <b>FB 56/0628/WP18</b> |
| 6          | Angebote zur Tagesstrukturierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen – Fortführung des Projekts des WABe e. V. in 2025 und 2026                                                                                                                                                                           | <b>FB 56/0623/WP18</b> |
| 7          | Erweitertes Sonntagsangebot für wohnungslose Menschen in Aachen – Angebot des Caritasverbandes                                                                                                                                                                                                                                     | <b>FB 56/0624/WP18</b> |
| 8          | Aktuelle Situation<br>a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG<br>b) in den Übergangswohneinrichtungen<br>c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik | <b>FB 56/0627/WP18</b> |
| 9          | Mitteilungen der Verwaltung                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                        |

## **Protokoll Öffentlicher Teil**

### **Zu 1        Eröffnung der Sitzung               ungeändert beschlossen               FB 56/0625/WP18**

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter\*innen der Verwaltung zu der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie in der 18. Wahlperiode. Danach stellt Herr Deumens, die ordnungs- und fristgemäße Versendung der Einladung fest.

Anschließend ruft der Vorsitzende den Punkt „Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe - Herrn Arnold Schweden - gem. § 58 Abs. 3 Satz 6 Gemeindeordnung NRW“ auf. Herr Deumens weist darauf hin, dass seines Erachtens die bisherige Form der jeweils in den einzelnen Sitzungen erforderlichen Beschlussfassung zur Hinzuziehung von Herrn Schweden als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe, nicht optimal sei. Die Verwaltung beschäftige sich derzeit mit dem Thema der politischen Partizipation der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe. Er bittet Herrn Frankenberger um weitere Erläuterungen.

Herr Frankenberger berichtet, dass die Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe mit Datum vom 01.08.2025 ein Schreiben an die Oberbürgermeisterin sowie an die Fraktionen gerichtet habe, welches auf die Fortführung sowie die Verbesserung der politischen Partizipation der Menschen mit Behinderungen in der 19. Wahlperiode abziele. Die Verwaltung setze sich derzeit mit dieser Thematik intensiv auseinander. Zum aktuellen Zeitpunkt könne jedoch noch kein Ergebnis hierzu mitgeteilt werden.

Danach erklärt Herr Deumens, dass sich anhand der Tagesordnung seiner Meinung nach die Erforderlichkeit der Hinzuziehung von Herrn Schweden als Vertreter der AG Behindertenhilfe ergebe. Der Ausschuss teilt die Einschätzung des Vorsitzenden und beschließt einstimmig die Hinzuziehung von Herrn Schweden.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt unter Berücksichtigung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zum öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Zu 2        Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.06.2025 - öffentlicher Teil               ungeändert beschlossen**

Die Mitglieder des Ausschusses genehmigen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Sitzung vom 12.06.2025 einstimmig bei zwei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit in der Sitzung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 12.06.2025 – öffentlicher Teil.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 2 Enthaltungen

**Zu 3      Vorstellung der Regionalgruppe Fatigatio e.V. und der Selbsthilfegruppe Zitronenfalter  
zur Kenntnis genommen  
FB 56/0629/WP18**

Herr Blech (Fatigatio e.V.) und Herr Och (Die Zitronenfalter) geben anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 zu TOP 3 Ö) zum Thema „Die Pandemie ist nicht für alle vorbei!“ einen kurzen Überblick über das Erkrankungsspektrum Multisystemerkrankungen, hier mit Blick auf PostCOVID (nach COVID-Infektion), PostVAC (nach COVID-Impfung) und ME/CFS-Erkrankungen (neuroimmunologische Erkrankung mit Verschlechterung nach Anstrengung), sowie über konkrete Erkrankungszahlen in Aachen. Außerdem stellen sie Ideen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Einschränkungen bzw. Behinderungen für die Stadt Aachen vor. Unter anderem regen Herr Blech und Herr Och an, die „unsichtbaren“ Erkrankungen durch ein bestimmtes Symbol - eine Sonnenblume - besser sichtbar zu machen. Außerdem bitten die Referenten um die Einrichtung zusätzlicher Sitzgelegenheiten in Aachen, da die von den v.g. Erkrankungen betroffenen Menschen in der Regel nur kurze Strecke zu Fuß zurücklegen könnten. Auch die Thematik der Barrierefreiheit im Straßenraum durch Maßnahmen, wie z.B. abgesenkte Bordsteinen, wird angesprochen. Darüber hinaus wird ein Pflegewohnprojekt angeregt.

Herr Deumens bedankt sich bei den Referenten für den Vortrag und weist auf die bereits mit der Einladung übersandten Unterlagen der Selbsthilfegruppen hin. Der Vortrag habe gezeigt, dass neben dem sozialen Bereich auch andere Bereiche der Stadtverwaltung, wie z.B. Wohnen und Mobilität, von dieser Thematik berührt würden.

Herr Och macht darauf aufmerksam, dass die Pandemie zwar beendet sei, das Sars-Covid-Virus jedoch weiterhin aktiv sei. Ein jeder von den anwesenden Personen könne hiervon zukünftig betroffen sein.

Herr Hansen zeigt sich erschrocken über die Erkrankungszahlen in Aachen. Er kenne das Phänomen dieser Erkrankung auch aus dem privaten Bereich. Mit einer solchen Erkrankung gehe oftmals eine psychische Belastung einher, ähnlich wie beim Burnout oder einer Depression. Er erkundigt sich daher, inwieweit eine psychisch therapeutische Behandlung die betroffenen Personen unterstützen könne. Er bittet ferner um Auskunft, welche Generation besonders stark von dieser Erkrankung betroffen sei, weil diese Information aus den vorgetragenen Erkrankungszahlen nicht hervorgehe.

Herr Schweden lädt die Referenten dazu ein, Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zu werden. Die Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe habe die Möglichkeit, die Weiterentwicklung des Sozialstaates auf kommunaler Ebene mit Fokus auf die Menschen mit Behinderungen voranzutreiben. Die AG könne mit ihrem Netzwerk und mit Informationen behilflich sein. Belange benachteiligter Menschen würden seines Erachtens in der Regel nur wahrgenommen, wenn diese durch Institutionen bekannt gemacht würden.

Frau Strack erklärt, dass sich die Kommission Barrierefreies Bauen für die Verbesserung der Barrierefreiheit in Aachen einsetze. Ebenso sei die Beauftragte der Stadt Aachen für Menschen mit Behinderung, Frau Krauß, sehr engagiert, die Anliegen von Menschen mit Einschränkungen und Behinderungen voranzutreiben. Die Kommission Barrierefreies Bauen sei beispielsweise an der Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans sowie von Stadtplänen für Menschen mit Behinderungen beteiligt. Ebenso würden Flyer zu barrierefreien Veranstaltungen in der Stadt Aachen veröffentlicht. Auch setze sich die Kommission Barrierefreies Bauen für kostenfreie Behindertenparkplätze ein. Hier werde voraussichtlich im März 2026 ein entsprechendes Konzept von der Verwaltung vorgelegt werden. Sie unterstütze ausdrücklich die Anregung und Hinweise von Herrn Schweden. Hingegen könne ihres Erachtens die Stadt nicht selbst die angeregten Wohnprojekte umsetzen. Darüber hinaus ist Frau Strack der Meinung, dass das Symbol einer Sonnenblume nicht gut geeignet sei, als Sinnbild für die Menschen mit Einschränkungen eingesetzt zu werden. Die Sonnenblume könne schnell mit dem Symbol einer politischen Partei in Verbindung gebracht werden. Sie plädiere dafür, dass das mittlerweile international anerkannte Erkennungssymbol der gelben Binde mit drei schwarzen Punkten als entsprechendes Erkennungssymbol auch für Menschen mit Multisystemerkrankungen eingesetzt werde. Frau Strack bedankt sich für den Vortrag und die guten Impulse. Sie hoffe, dass man sich in einem anderen Zusammenhang wiedersehen werde.

Herr Blech bedankt sich für die Einladung durch Herrn Schweden. Er erläutert, dass sich die Erkrankungszahlen auf alle Altersgruppen von 15 bis 85 Jahren erstrecken würden. Besonders betroffen seien jedoch 40- bis 60-jährige Personen. Bezugnehmend auf den Vorschlag der Binde mit den drei Punkten erklärt Herr Blech, dass viele Menschen mit den v.g. Multisystemerkrankungen nicht als Menschen mit Behinderung formal anerkannt werden

würden und somit nicht zum Tragen der Binde berechtigt seien. Umso schwieriger sei es, entsprechende Akzeptanz in der Gesellschaft für diese Krankheitsform zu finden. Über die Auswahl der Sonnenblume als Symbols könne man reden, es werde allerdings in einigen Städten bereits mit guten Erfahrungen genutzt. Multisystemerkrankungen seien unsichtbar, weshalb es umso wichtiger sei, dass es ein entsprechende Erkennungsmerkmal gebe, dass ausdrücke: „Mit mir muss man ein bisschen anders umgehen“.

Herr Auler stimmt Herrn Blech zu, dass man diese Erkrankungen den betroffenen Personen nicht ansehen könne. Außerdem seien Betroffene sowie deren Angehörige dankbar, wenn diesem unsichtbarem Phänomen ein Name gegeben würde. Hier habe auch er bereits persönliche Erfahrungen sammeln müssen. Solchen Themen in der Gesellschaft eine breitere Öffentlichkeit zu verschaffen, sei stets eine Herausforderung.

Auch Herr Auler ist der Meinung, dass die Sonnenblume ein geeignetes Symbol zur Erkennung von Menschen mit Multisystemerkrankungen darstelle. Er hoffe, dass diese Menschen innerhalb der bestehenden Strukturen ihren Platz finden könnten. Bezüglich der in der Präsentation angesprochenen Pflegeaspekte weist Herr Auler darauf hin, dass das Thema „Pflege“ in der Zuständigkeit der StädteRegion Aachen liege und keine kommunale Aufgabe darstelle. Dennoch sei er sich aber sicher, dass man auch bestimmte Punkte aus dem Vortrag mitnehmen könne, damit sie auch auf kommunaler Ebene behandelt werden könnten.

Frau van der Meulen bedankt sich für den Vortrag und zeigt sich betroffen von der hohen Erkrankungszahl.

Herr Lübben spricht den Referenten seinen Dank für den Vortrag sowie das Engagement aus. Er erkundigt sich, wie viele von diesen Multisystemerkrankungen betroffene Menschen einen Schwerbehindertenausweis erhalten könnten bzw. ab welcher Intensität der Erkrankung man einen solchen grundsätzlich beantragen könne.

Herr Och erklärt, dass man eine Pflegestufe einfacher als einen Schwerbehindertenausweis erhalten könne. Eine Schwerbehinderung aufgrund von PostCovid werde derzeit maximal mit dem Grad von 20 % vom Versorgungsamt anerkannt, ab einem Grad von 50 % sei die Anerkennung jedoch erst hilfreich. Herr Och ist der Meinung, dass es den zuständigen Ämtern noch an umfangreicherem Wissen zum PostCovid-Syndrom fehle, weshalb dort seines Erachtens keine hohe Akzeptanz für diese Erkrankungsform anzutreffen sei.

Herr Deumens schließt den Tagesordnungspunkt und bedankt sich nochmals bei den Referenten. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis.

Anlage 1 TOP 3 Ö - PPP Vorstellung Fatigatio e.V., Die Zitronenfalter

#### **Zu 4 Vorstellung des Vereins donum vitae Aachen Stadt und Land e.V. zur Kenntnis genommen FB 56/0626/WP18**

Frau Breihahn und Frau Dirks (donum vitae) stellen den Verein „donum vitae Regionalverband Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.“ anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 zu TOP 4 Ö) vor. Dabei gehen die Referentinnen auf die Finanzierung der Beratungsstelle, auf die Beratungsgrundsätze sowie auf die konkreten Beratungsaufgaben der Schwangerschaftskonfliktberatung sowie der allgemeinen Schwangerenberatung ein. Ferner gehen die Referentinnen auf die Richtlinie der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen zum Verhütungsmittelfonds ein. Die Antragszahlen seien zwar seit 2021 gestiegen, dennoch seien vermehrt Anträge aufgrund des zu hohen Eigenteils zurückgezogen worden. Die anspruchsberechtigten Frauen seien oft finanziell nicht in der Lage, den 25 % -igen Eigenanteil aufzubringen. Die Referentinnen bitten daher darum, die in der v.g. Richtlinie festgelegte Zuschusshöhe von aktuell 75 % auf 85 % zu erhöhen.

Herr Deumens bedankt sich bei den Referentinnen für die Präsentation und die weiteren Ausführungen zum Verhütungsmittelfonds.

Frau Brammertz spricht den Referentinnen ihren Dank für die Präsentation, für ihre gute Arbeit und ihr Engagement aus. Nach Meinung von Frau Brammertz sei es mehr als richtig, die festgelegte Zuschusshöhe von 75 % auf 85 % zu erhöhen. Die CDU-Fraktion habe deshalb bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen im Aus-

schuss im Januar 2025 vorgeschlagen, die Quote für die Bezuschussung sowie die Mittel für den Verhütungsmittelfond zu erhöhen. Die grün-rote Koalition habe jedoch diesem CDU-Antrag nicht zugestimmt.

Frau Koentges erwidert, dass die SPD bereits vor der CDU in 2021 einen solchen Antrag auf Erhöhung des Zuschusses gestellt habe. Dem Antrag der CDU-Fraktion zu den Haushaltsberatungen 2025 sei nicht zugestimmt worden, da seinerzeit die jährlichen Mittel nicht ausgeschöpft worden wären. Durch den heutigen Vortrag sei nun hinreichend klargestellt, dass dies vermutlich an den Stornierungen der Anträge gelegen habe. Sie würde eine Erhöhung der Zuschussquote auf 85 % befürworten und bittet die Referentinnen um ihre Einschätzung, mit wie vielen zusätzlichen Fällen und welchem finanziellen Mehrbedarf dann zu rechnen sei.

Frau Braun sichert ihre Unterstützung für die Erhöhung des Zuschusses von 75 % auf 85 % zu und äußert den Wunsch, die Verwaltung möge die Richtlinie entsprechend anpassen. Sie erkundigt sich ebenfalls bei den Referentinnen, in welcher Höhe die Mittel dazu aufgestockt werden müssten.

Frau van der Meulen spricht dem Verein ebenfalls ihren Dank aus und begrüßt die vorgeschlagene Erhöhung der Zuschussquote.

Herr Szagunn schließt sich seinen Vorrednerinnen an und bedankt sich für Vortrag. Er zeigt sich erfreut über die Unterstützung der Fraktionen für die Zuschusserhöhung. Zudem erkundigt er sich bei den Referentinnen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, damit die in der Richtlinie enthaltene Härtefallregelung zur Anwendung käme.

Frau Breihahn erläutert, dass für die Anwendung der Härtefallregelung noch Einzelfallbesonderheiten hinzukommen müssten, z. B. eine bereits bestehende Überschuldung. Sie sei dankbar für die große Unterstützung seitens des Ausschusses, sowohl für die Mittel, die sie bereits erhalten hätten, als auch für die Unterstützung des Begehrens, den Zuschuss anzuheben. Die weiteren Fallzahlen bis zum Jahresende seien derzeit noch nicht absehbar. Zu beachten sei, dass es bisher für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen gesonderten Fonds des Landes gegeben habe, der jedoch beendet sei. Die daraus resultierenden Folgen für die Fallzahlen nach dem städtischen Verhütungsmittelfonds seien noch offen. Der städtische Fond sei seiner Höhe nach derzeit in Ordnung; man würde es bei einer Steigerung der Zuschussquote auf 85 % mit der bestehenden Höhe versuchen und sich im Bedarfsfall wieder melden.

Herr Deumens bittet, die heutigen Erkenntnisse bei den kommenden Haushaltsberatungen 2026 zu berücksichtigen.

Anlage 1            TOP 4 Ö - PPP Vorstellung donum vitae

**Zu 5            „Wohnen jetzt! HOUSING FIRST AACHEN“ – Veränderung in der Trägerschaft und aktueller Sachstand zur Umsetzung zur Kenntnis genommen  
FB 56/0628/WP18**

Frau Eickholt-Schippers sowie Frau Braun erkundigen sich, ob bereits eine Einbindung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) erfolgt sei.

Herr Szagunn lobt die Veranstaltung der Verwaltung am 11. September 2025 zum „Tag der Wohnungslosen“. Dort sei insbesondere die Personengruppe der wohnungslosen Frauen nochmals in den Fokus gerückt worden. Er rege daher weiter an, diese Personengruppe auch im Rahmen der Projektumsetzung von „Housing First Aachen“ besonders zu berücksichtigen.

Herr Frankenberger informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die gewoge AG für das Projekt „Housing First“ fünf Wohnungen zur Verfügung gestellt habe. Derzeit finde die Auswahl der Personen für eine Anmietung statt. Ein Gesprächstermin mit dem LVR werde nach den Herbstferien stattfinden, sodass voraussichtlich in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie dazu berichtet werden können

werde.

Frau Offermann (WABe e.V.) teilt mit, dass der WABe e.V. stark auf die Frauenberatung fokussiert sei. Die Haushaltslage des LVR sei aktuell nicht besonders gut. Es werde jedoch bereits an einem Konzept gearbeitet, mit welchem die Dringlichkeit und Notwendigkeit des Projektes „Housing First“ für die Stadt Aachen nochmals besonders hervorgehoben werde. Ganz aktuell könne sie darüber hinaus mitteilen, dass der erste Mietvertrag im Rahmen von „Housing First“ unterschrieben sei.

**Zu 6      Angebote zur Tagesstrukturierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen – Fortführung des Projekts des WABe e. V. in 2025 und 2026  
ungeändert beschlossen  
FB 56/0623/WP18**

Frau Offermann (WABe e.V.) gibt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 zu TOP 6 Ö) einen Einblick über die im Jahr 2025 erreichten Ziele und Wirkungen der tagesstrukturierenden Maßnahmen für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Dabei geht sie auf die Angebote in der Frauenfachberatungsstelle sowie in der Wärmestube ein. Anschließend gibt sie einen Überblick über die angestrebten Ziele zur Weiterführung und Verstetigung der tagesstrukturierenden Maßnahmen. Sie würde sich freuen, wenn die Maßnahmen in 2026 durch eine fortgesetzte Finanzierung fortgeführt werden könnten.

Frau Brammertz bedankt sich für den Vortrag sowie für das große Engagement des Vereins. Sie begrüße insbesondere das „Papierkram-Café“ und sichert die weitere Unterstützung der CDU-Fraktion für dieses Projekt zu.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Antrag von WABe e.V. – Diakonisches Netzwerk Aachen auf Verlängerung der Angebote zur Tagesstrukturierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zur Kenntnis und beschließt, die Personal- und Sachkosten zur Fortführung des Projektes für die Zeit vom 01.08.2025 bis zum 31.12.2025 in Höhe von 8.230 € zu finanzieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

Anlage 1      TOP 6 Ö - PPP Tagesstrukturierende Maßnahmen WABe

**Zu 7      Erweitertes Sonntagsangebot für wohnungslose Menschen in Aachen – Angebot des Caritasverbandes  
geändert beschlossen  
FB 56/0624/WP18**

Zu Beginn des Tagesordnungspunkts weist Herr Deumens auf die Tischvorlage der Verwaltung hin und bittet Herrn Frankenberger um weitere Erläuterungen.

Herr Frankenberger erklärt, dass das Tabellenblatt „Finanzielle Auswirkungen“ dahingehend geändert wurde, dass die Maßnahme keine finanziellen Auswirkungen habe. Die Finanzierung sei bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 30. Januar 2025 beschlossen wurde. Aus diesem Grund sei der Beschlussvorschlag um den Finanzierungsaspekt gekürzt worden.

Frau Braun bedankt sich für die Klarstellung und zeigt sich erfreut darüber, dass die Sonntagsöffnung in der Zeit von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr nun umgesetzt werden könne. Dennoch solle auch überlegt werden, ob über die Wintermonate eine darüber hinaus erweiterte Öffnungszeit möglich sei. Die Verwaltung möge prüfen, ob dazu noch Mittel verfügbar seien.

Frau van der Meulen schließt sich ihrer Vorrednerin an und weist darauf hin, dass der Winter nicht am 31. De-

zember enden werde, sodass auch über eine erweiterte Öffnung des Tagestreffs im kommenden Jahr nachgedacht werden müsse. Zudem stellt Frau van der Meulen die Frage, ob die für dieses Jahr verbleibenden Restmittel in das Jahr 2026 übertragen werden können.

Frau Koentges begrüßt das Angebot der Sonntagsöffnung bis 12:30 Uhr und regt an, das nicht geregelte Delta in der Zeit von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr möglichst noch zu schließen. Sie schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt ferner, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob eine Erweiterung der Öffnungszeiten in der Zeit von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr umsetzbar wäre und welcher Kostenbedarf diesbezüglich bestehen würde.

Herr Deumens erklärt, dass für das aktuelle Haushaltsjahr 20.000 Euro für die erweiterten Öffnungszeiten am Sonntag in der Zeit von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr bereitgestellt worden seien. Für die Umsetzung seien seitens der Caritas jedoch lediglich Kosten in Höhe von rund 9.000 Euro geltend gemacht worden, sodass weitere finanzielle Mittel in Höhe von rund 11.000 Euro noch übrig sein müssten.

Herr Krosch (Caritas) teilt auf Anfrage mit, dass in Absprache mit dem Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration bislang noch nicht mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen worden sei, da man den entsprechenden Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie habe abwarten wollen. Außerdem erklärt Herr Krosch, dass man den Finanzierungsbedarf der Sonntagsöffnungen in der Zeit von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr zeitnah ermitteln und eine dergestalt erweiterte Sonntagsöffnung rasch umsetzen könne.

Herr Frankenberger erklärt, dass die weitergehende Ausweitung der Öffnungszeiten für das Jahr 2025 geprüft werden müsse. Für das Jahr 2026 könne aktuell noch keine Aussage getroffen werden. Die Übertragung etwaiger Restmittel in das Haushaltsjahr 2026 sei gesondert zu prüfen.

Herr Auler stellt heraus, dass eine Mittelübertrag in der Regel nicht einfach sei. Er rege an, eine solche Maßnahme über eine Leistungsvereinbarung zu regeln, welche eine Laufzeit bis zur Mitte eines Kalenderjahres habe.

Herr Szagunn schlägt vor, die in diesem Haushaltsjahr übrig gebliebenen, finanziellen Mittel zur Schließung der Lücke der Öffnungszeiten für die Zeit von Oktober bis Ostern zu nutzen. Generell wünsche er sich eine Verstärkung des Angebots.

Herr Hissel weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Mittelübertragung zwingend mit der Kämmerin abzustimmen sei, die ferner für das laufende Jahr eine Bewirtschaftungsverfügung erlassen habe. Dies gelte auch bei Abschluss einer Leistungsvereinbarung. Nicht verwendete Finanzmittel werden zudem in der Regel von der Kämmerin genutzt, um das Haushaltsdefizit auszugleichen, sodass in jedem Fall eine Abstimmung mit der Kämmerin zwingend erforderlich sei.

Herr Auler schlägt unter Berücksichtigung des Vorschlags von Frau Koentges die Erweiterung des Beschlussvorschlages wie folgt vor:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt ferner, die Verwaltung mit der Prüfung der bestmöglichen Erweiterung der sonntäglichen Öffnungszeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu beauftragen.

Herr Deumens stellt den von Herrn Auler benannten Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt einstimmig den vorgenannten, geänderten Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Erweiterung der sonntäglichen Öffnungszeiten für wohnungslose Menschen im Tagesaufenthalt „Café Plattform“ in der Zeit von 7:30 Uhr bis 12:30 Uhr.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt ferner, die Verwaltung mit der Prüfung der bestmöglichen Erweiterung der sonntäglichen Öffnungszeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 8      Aktuelle Situation**

**a) bei den Leistungsempfänger\*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger\*innen nach dem AsylbLG**

**b) in den Übergangswohneinrichtungen**

**c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik zur Kenntnis genommen**

**FB 56/0627/WP18**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

**Zu 9      Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Hissel bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die guten und konstruktiven Beratungen im Ausschuss sowie für das ehrenamtliche Engagement eines\*r jeden Einzelnen. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung habe er stets als sehr wertschätzend und positiv empfunden. Ein besonderer Dank gebühre überdies Herrn Deumens. Herr Hissel betont die Leistung von Herrn Deumens, auch bei bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch seine persönliche Moderation als Vorsitzender, Einigungen im Ausschuss bewirkt zu haben. Herr Hissel bedankt sich zusammenfassend nochmals für die sehr gute Arbeit als Ausschussvorsitzender in den vergangenen Jahren der 18. Wahlperiode.

Herr Deumens richtet ebenfalls seinen Dank an die Ausschussmitglieder für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren. In vielen Punkten sei man sich im Ausschuss stets einig gewesen, dies sehe man an den zahlreichen einstimmigen Beschlüssen. Allen Fraktionen liege etwas an den Menschen, denen es nicht so gut gehe. Gleichzeitig spricht Herr Deumens auch seinen Dank an die Verwaltung aus. Die Zusammenarbeit mit Herrn Hissel sei zwar verhältnismäßig kurz gewesen, dennoch habe Herr Hissel dem Ausschuss durch seine Ideen und Vorschläge sehr gute Impulse geben könne, wenn es um schwierige Beschlüsse ging. Auch dem Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration unter der Leitung von Herrn Frankenberger spricht Herr Deumens seinen Dank aus, insbesondere für die stets vorhandene Offenheit und das Engagement im Hinblick auf die Bearbeitung von Fragen sozialer Angelegenheiten.

Ebenfalls dankt Herr Deumens allen Vereinen und Verbänden für die Bereicherung der verschiedenen Ausschusssitzungen der vergangenen Jahre durch ihre Vorträge und Präsentationen.

Einen besonderen Dank richtet Herr Deumens an seine Vorgängerin Frau Höller-Radtke für ihren Besuch der heutigen Sitzung und ihre hervorragende Leistung in den 16 Jahren ihres Vorsitzes im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie.

Frau Braun bedankt sich bei Herrn Deumens im Namen des gesamten Ausschusses herzlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den zurückliegenden fünf Jahren. Ein\*e jede\*r habe das unendliche Engagement des Ausschussvorsitzenden sehen können.

Herr Deumens schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.44 Uhr und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Hans Leo Deumens  
Ausschussvorsitzender

Michelle Schmidt  
Schriftführerin

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin